
AKKUMULATION

INFORMATIONEN DES ARBEITSKREISES FÜR KRITISCHE UNTERNEHMENS- UND
INDUSTRIEGESCHICHTE

Nr. 12/1999

Editorial

Nach langen Jahren des Schattendaseins innerhalb der historischen Zunft schickt sich die Unternehmensgeschichte seit kurzem an, zu einem der am meisten in der Öffentlichkeit präsenten Themen der Geschichtswissenschaften zu werden. Dies liegt einerseits an der verspäteten „Entsorgung der deutschen Vergangenheit“ im Unternehmenssektor, andererseits erfreut sich dieser Zweig der historischen Forschung einer vergleichsweise großen Unabhängigkeit von öffentlichen oder Stiftungsgeldern, die in anderen Bereichen der Geschichtswissenschaften angesichts leerer öffentlicher Kassen zu Einschnitten geführt haben. Die bundesdeutsche Unternehmensgeschichte dagegen war vor allem personell, aber auch inhaltlich noch nie so reich bestückt wie in diesen Tagen.

Fraglich ist indes, ob es sich hierbei um eine kurze Blüte handelt, die ebenso schnell wieder vorbei ist, wie sie kam, wenn die Entschädigungen ehemaliger Zwangsarbeiter ausgezahlt und die Verstrickungen von Großbanken in die Nazi-Gold-Affäre zumindest historisch geklärt sind. AKKUMULATION stellte daher in diesem Heft die Frage nach der Bedeutung der Unternehmensgeschichte für die aktuelle Unternehmenspolitik, die Frage nach den übergeordneten und konjunkturunabhängigen Grundlagen unternehmenshistorischer Forschung. Überraschend wenig Stellungnahmen waren zu dieser Frage aus den laufenden großen unternehmenshistorischen Projekten zu gewinnen - hierzu scheint die Thematik zu politisiert zu sein. Dagegen gelang es, Unternehmen zum selben Themenkreis zu befragen, die bisher weniger in Erscheinung traten. Eingeleitet wird die Frage nach der Bedeutung der Unternehmensgeschichte für die aktuelle Unternehmenspolitik und die Frage nach dem Standort der Unternehmensgeschichte generell allerdings mit einem grundsätzlichen Aufsatz.

Die Bedeutung der Unternehmensgeschichte für die heutige Unternehmenspolitik: mehr als historische Folklore?

Mark Spoerer, Stuttgart-Hohenheim

Vorbemerkung: Dieser Beitrag ist im wahrsten Sinne des Wortes als Diskussionsbeitrag gedacht. Die hier vorgestellte Meinungsäußerung ist als Kontrast zu den vermutlich affirmativ ausfallenden anderen Beiträgen zum Thema gedacht. In der aus rhetorischen Gründen hier vorgetragenen Einseitigkeit geben sie auch nicht unbedingt die volle Meinung des Autors wieder. Um niemandem (zu sehr) auf die Füße zu treten, wird auf Belege verzichtet. Auch der Autor sitzt schließlich im selben Glashauss...

Henry Ford hat Millionen von Amerikanern preiswerte Autos beschert und somit den „American way of life“ entscheidend mitgeprägt. Auch den Historikern hat er ein Vermächtnis hinterlassen. Es besteht aus einem kurzen Satz: „History is bunk“. Inwieweit dieses harte Verdikt allgemein zutrifft, soll hier nicht erörtert werden. Daß es in Hinsicht auf das Verhältnis von Unternehmenspolitik und Unternehmensgeschichte jedoch durchaus zutrifft, dem soll hier das Wort geredet werden.

Historiker, insoweit sie sich als Geisteswissenschaftler verstehen, stehen grundsätzlich unter einem besonderen Legitimationsdruck. Denn die meisten anderen Wissenschaften sind, zumindest dem Anspruch nach, anwendungsorientiert und bedürfen in der Leistungsgesellschaft schon deshalb keiner grundsätzlichen Legitimation. Das ist im Kampf um Ressourcen ein klarer Wettbewerbsnachteil für Historiker. Aus diesem Problem gibt es zwei Auswege: die radikale Lösung besteht darin, je nach politischer Couleur, entweder die Beschäftigung mit der Historie als „Sinnstiftung“ zu etikettieren, oder, megahip, nebulös und sich einer praktikablen Definition entziehend, als „Kulturwissenschaft“. Dieser Weg ist ein zweiseitiges Schwert: einerseits entzieht man sich erfolgreich dem Anspruch der Gesellschaft an die Wissenschaft, für die Leistungsgesellschaft verwertbare Forschungsergebnisse hervorzubringen. Andererseits bedeutet eben dieser Verzicht auf unmittelbare Nützlichkeit das Risiko des Ressourcenentzugs. Denn die Rolle der Geschichtswissenschaft ist dann letztlich historische Folklore, an der man sich nach Feierabend im Feuilleton delectiert. Wie bei anderen Freizeitvergnügungen auch ist die Nachfrage sehr einkommenselastisch. Mit anderen Worten: in schlechten Zeiten wird hier eingespart.

Die andere, sozusagen leistungsgesellschaftskonforme Lösung besteht darin, die Geschichtswissenschaft als Sozialwissenschaft im weiten Sinne zu verstehen. Die Legitimation erwächst dann aus der Verbindung mit anwendungsorientierten Wissenschaften, insbesondere der Politologie, der Soziologie und den Wirtschaftswissenschaften. Da diese Wissenschaften systematische sind, sich sozusagen auf der horizontalen Ebene des Jetzt abspielen, ist nicht ohne weiteres einzusehen, inwieweit die zeitliche Dimension als Untersuchungsgegenstand einer sich sozialwissenschaftlich orientierenden Geschichtswissenschaft dazu Erhellendes beisteuern kann. Hier sind wir mitten in der Theorie-debatte angelangt, wie sie die Geschichtswissenschaft seit gut 30 Jahren plagt oder befruchtet, je nach Sichtweise. In diesem Kontext lassen sich der Geschichtswissenschaft zwei Rollen zuschreiben. Zum einen tragen ihre Ergebnisse dazu bei, das Verständnis für die Relevanz bestimmter Faktoren zu erhöhen. Aus einem derart gewonnenen, im Grunde vorseparativen Verständnis lassen sich dann heuristisch systematische Hypothesen und Theorien ableiten. Zum anderen lassen sich die systematischen Zusammenhänge, die in sozialwissenschaftlichen Theorien formuliert werden, nur an der Historie testen, denn die Sozialwissenschaften sind in der Regel nicht in der Lage, Experimente durchzuführen. So oder so gesehen ist die sozialwissenschaftlich orientierte Historiographie also im Grunde eine Hilfswissenschaft: sie erleichtert zunächst (induktiv) die Formulierung und dann (deduktiv) den Test sozialwissenschaftlicher Hypothesen.

Wenn, um nun endlich zur Unternehmensgeschichte zu kommen, diese den zweiten Weg gehen möchte und den Anspruch erhebt, für aktuelle Fragen der Unternehmenspolitik relevante Ergebnisse beisteuern zu können, so muß sie sich fragen lassen, wie denn diese aussehen könnten. Wissenschaftliche Unternehmensführung hat, wie jede Sozialwissenschaft, den Anspruch, beim Vorliegen

eines Entscheidungsproblems und bestimmter Faktoren der Umwelt eine optimale Handlungsanweisung auszusprechen, sie will also normativ wirken. Nun ist die Anzahl dieser Faktoren ungeheuer komplex: es sind solche des eigenen Unternehmens zu berücksichtigen, solche der Kundschaft, der Konkurrenz, des politischen Systems, langfristig sogar demographische, epidemiologische und klimatische Trends. Die beiden Hauptprobleme bestehen darin, einerseits die relevanten Faktoren zu identifizieren (und adäquat zu gewichten) und andererseits, die funktionalen Beziehungen zwischen diesen Faktoren zu bestimmen. Nachdem der Planungsoptimismus der Betriebswirte der 60er und 70er Jahre verflogen ist, herrscht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß allgemeingültige Modelle allenfalls für ganz spezielle unternehmerische Funktionen, etwa die Beschaffung oder die Kapazitätsauslastung, sinnvoll sind. Bei anstehenden strategischen Entscheidungen kann das Management allenfalls *stylized facts* im Nebel des *white noise* ausmachen. Insofern ist die Betriebswirtschaftslehre eine *soft science*, und insofern mag der Optimismus der Unternehmenshistoriker, hier mit historischem Knowhow einspringen zu können, nicht völlig vermessen zu sein.

Aber seien wir ehrlich: wo hätte jemals wissenschaftlich betriebene Unternehmensgeschichte die Unternehmenspolitik maßgeblich beeinflusst? Gibt es irgendeinen Top Manager, der sich bei strategischen Entscheidungen auf Erkenntnisse oder Ratschläge von (Unternehmens-) Historikern stützt? Der an *case studies* orientierte Ansatz der *Harvard Business School* ist eine Ausnahme, und ob ihre Absolventen jemals auf Ergebnisse der unternehmenshistorischen Forschung zurückgegriffen haben, ist zu bezweifeln. Wenn sich überhaupt ein Beispiel finden läßt, dann das sehr untypische der deutschen Unternehmen, die plötzlich in den späten 90er Jahren mit den Sünden der frühen 40er konfrontiert werden. (Wobei die Pointe ist, daß die Unternehmen interessanterweise praktisch immer renommierte Zeithistoriker in ihre Dienste nehmen, also nicht etwa Unternehmenshistoriker, worüber sich ein eigener Artikel schreiben ließe.) Und, gäbe es ein Interesse an historischer Beratung, wäre die Unternehmensgeschichte überhaupt in der Lage dazu? Hier sind doch ganz erhebliche Zweifel angebracht, wobei zu unterscheiden ist die Unternehmensgeschichte, wie sie ist, und die Unternehmensgeschichte, wie sie sein könnte.

Denn wenn es geradezu ein Paradebeispiel für historischen Eklektizismus gibt, dann ist das die Unternehmensgeschichte, wie sie uns in den meisten Veröffentlichungen entgegentritt (übrigens auch international). Untersuchungsgegenstand ist eben in der Regel nur ein Unternehmen. Dagegen ist, wenn da gut gemacht ist, gar nichts zu sagen, insbesondere in Hinblick auf die oben angesprochene, den analytischen Blick schärfende heuristische Funktion. Aus historischem Blickwinkel kann das höchst interessant sein. Nur: wie sollen konkrete unternehmenspolitische Probleme damit gelöst werden? Es läßt sich immer ein unternehmenshistorisches Beispiel für das finden, was man begründen will. Wenn denn überhaupt unserem hilfeschuchenden Manager etwas nützen könnte, dann wäre das eine nach systematischen Aspekten gebündelte Beispielsammlung. Hier könnte er nach ähnlichen Fällen suchen, und die Lektüre der Fallstudien würde mindestens seinen Blick schärfen. (Allerdings wäre noch zu fragen, inwieweit hier die erheblichen Zeitkosten den erwarteten Erkenntniszuwachs aufwiegen.) Nur: eine derart komparative Unternehmensgeschichte wird von Unternehmenshistorikern zwar seit Jahrzehnten immer beredt gefordert, aber fast nie verwirklicht. Und, was freilich nur eine Etikettenfrage ist, wäre das dann nicht schon Wirtschaftsgeschichte?

Insofern seien erhebliche Zweifel angemeldet, ob die Unternehmensgeschichte, jedenfalls unter diesem Label, prinzipiell in der Lage sein kann, der Unternehmenspolitik eine Hilfe zu sein, und noch größere, ob die bislang doch sehr eklektisch vorgehende Unternehmensgeschichte dazu überhaupt in der Lage wäre. Daß sie jetzt nicht in Unternehmen rezipiert wird, kann jeder Verlag, der unternehmenshistorische Bücher anbietet, empirisch belegen: kaum ein Unternehmen kauft. Und daher ist es kein Zufall, daß zwar die händeringend nach Ressourcen ringenden Unternehmenshistoriker ihr Produkt gerne den Unternehmen anbieten möchten, doch damit bislang kaum Erfolg hatten. Allenfalls pensionierte Frühstücksdirektoren lassen sich auf unternehmenshistorischen „öffentlichen“ Tagungen (mit ohnehin zweifelhaftem wissenschaftlichen Charakter) blicken. Kurzum, für das Management hat Henry Ford's Verdikt nach wie vor Gültigkeit. Und, leider, aus gutem Grunde.

Bedeutung der Unternehmensgeschichte in der Praxis der Wohnungswirtschaft

Interview mit Volker Nordalm, Vorstandsmitglied der Veba Immobilien AG,

von Andreas Dörschner

Vorbemerkung: Nachdem die Geschichte der deutschen Wohnungspolitik in der Forschung eingehend Beachtung gefunden hat, erstreckt sich das wissenschaftliche Interesse auf dem Gebiet des Wohnungswesens nunmehr zunehmend auf die Geschichte der unternehmerischen Wohnungswirtschaft. Ob dieses Interesse von der Praxis der heutigen Wohnungswirtschaft vor allem im Hinblick auf die Unternehmen im Nationalsozialismus geteilt wird, war Gegenstand eines Interviews mit Volker Nordalm, Vorstandsmitglied der Raab Karcher Veba Immobilien AG und demnächst Generalbevollmächtigter der aus der Raab Karcher Veba Immobilien AG hervorgehenden Viterra AG.

Dörschner: Die Veba Immobilien AG ist mit über 130.000 Wohneinheiten größter Wohnungseigentümer in der Bundesrepublik Deutschland. Der hohe Wohnungsbestand ergibt sich vor allem aus dem Umstand, daß in Ihrem Unternehmen mehrere im Jahr 1933 gegründete Wohnungsunternehmen aufgegangen sind. Hat deren Tätigkeit im Nationalsozialismus Bedeutung für Ihre heutige Unternehmenspolitik ?

Nordalm: Die Zeit des Nationalsozialismus ist insofern für die Firmengeschichte wichtig, als hier eine Grundstruktur entstanden ist, die noch sehr lange getragen hat und im Grunde erst Ende der achtziger Jahre mit Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes ihr Ende gefunden hat. Die eigentlichen Wurzeln unseres Unternehmens liegen im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, dessen Erlaß die Heraustrennung des Wohnungsbestandes aus der Sozialverwaltung der damals vorhandenen Vereinigten Stahlwerke und das Zusammenfügen zu einem eigenständigen Unternehmen mit einer gewissen Größe zur Folge hatte. So hatte die unternehmerische Tätigkeit im Nationalsozialismus Auswirkungen bis zur Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes. Es ist die Struktur, das heißt die Art und die Größe des Unternehmens, die aus der Zeit des Nationalsozialismus herrührt. Es hat natürlich auch insofern unternehmenspolitische Bedeutung, als das damalige Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz in seinen unternehmensethischen Grundsätzen seine Zeit über-

dauert hat, befreit von dem Ballast, der damals darin vorhanden war und der sich in der Aufbauphase der Bundesrepublik zunächst noch tradiert hat. Strukturell und in seinen Grundsätzen war das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz sehr lange Zeit lang prägend und hat so heute noch unternehmenspolitisch Bedeutung.

Ansonsten ist Ihre Unternehmenspolitik heute von der unternehmerischen Tätigkeit im Nationalsozialismus nicht beeinflusst ?

Eine Unternehmenstätigkeit richtet sich immer an den anstehenden Themen aus, ist also vielmehr kurzfristig angelegt und dem Tagesgeschäft verpflichtet. Etwas anderes ist es, und das sehen wir ja gerade bei einigen Unternehmen, wenn so etwas zum öffentlichen Thema wird. Dann muß sich das Unternehmen stellen, muß es aufarbeiten, muß kommunizieren. In dieser Situation sind wir im Augenblick aber nicht und deswegen steht es derzeit nicht auf der Tagesordnung.

Dennoch ist die Firmengeschichte wesentlicher Teil der Identität eines Unternehmens und Wohnstrukturen sind Ausdruck gesellschaftlicher Verfestigungen und Veränderungen. Halten Sie daher die empirische Durchdringung unternehmenshistorischen Materials hinsichtlich einer betriebswirtschaftlichen Unternehmensanalyse, bezüglich der organisatorischen und technischen Entwicklung oder im Hinblick auf die Wohnsoziologie für bedeutsam ?

Es ist schon von allem etwas. Wir haben zum einen das Thema, daß zur Zeit des Nationalsozialismus ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bildung von Unternehmenseinheiten gelegt wurde. Es wurde das erste Mal abweichend von betrieblicher Sozialpolitik ein eher unternehmensbezogener Ansatz gewählt. Es wurden Unternehmen gebildet, die ihr Kapital entsprechend zusammenfügen mußten. Hier zeigt sich ein bedeutsamer Ansatz im Hinblick auf die unternehmerische Wohnungswirtschaft. In der organisatorischen und technischen Entwicklung ist es interessant, das Herauslösen der spezifischen Bewirtschaftungseinheiten, die Verselbständigung und deren Effekt für die weitere Entwicklung der Unternehmen zu beobachten. Mit Blick auf die Wohnsoziologie halte ich es auch für eine spannende Frage, weil wir gerade zu Beginn des Nationalsozialismus Ansätze hatten, die eine bestimmte Vorstellung von der Lebensweise der Familien in neue Wohnungen hineingedacht haben und durch eine „gebaute Umwelt“ vorgeben wollten. Für mich wäre es spannend, ob sich so etwas überhaupt umgesetzt hat. Das Verhalten der Bewohner könnte sich auch aus deren sozialen Beziehungen heraus entwickelt haben, statt von der Art des Bauens determiniert zu sein.

Seit 1933 fand ein allgemeiner Verdrängungsprozeß der Juden aus dem Wohnungsbestand statt. Sehen Sie die Unternehmensethik heute davon betroffen ?

Wir wissen viel zu wenig um diese Prozesse, muß ich zunächst einmal sagen. Als Werkwohnungsverwalter haben wir langfristig vor allem in der Arbeiterklasse Wohnungen vergeben, während die Juden vor allem im bürgerlichen Milieu gewohnt haben. Ich denke aber schon, daß unser Verhältnis heute zu ausländischen Mietern durchaus durch unsere geschichtliche Prägung beeinflusst ist. Wir hatten in den sechziger und siebziger Jahren Zuzug gerade von türkischen Mitarbeitern in unsere Bestände und man merkte schon von vornherein auf Seiten der belegungsberechtigten Werke - Ruhrkohle und Stahl-, daß sofort ein Ansatz gewählt wurde, der versuchte, Bedürfnisse aufzugrei-

fen - bei allen Unterschieden die es gab. Wir haben damals sehr stark über Integration diskutiert. Dieses Verhalten war unternehmenspolitisch geprägt von den negativen Erfahrungen der Ausgrenzung in der Vergangenheit.

Wie bewerten Sie allgemein die Bedeutung der Geschichte der unternehmerischen Wohnungswirtschaft im Nationalsozialismus für Ihre Branche ?

Ich halte die Aufarbeitung der Geschichte der unternehmerischen Wohnungswirtschaft für erforderlich, weil wir uns in der Wohnungswirtschaft immer als ein besonderer Unternehmensverbund verstanden haben. Wir haben uns immer als sehr sozial geriert, immer wieder Subventionen erhalten und es geschafft, uns als gesellschaftlich positive Branche darzustellen. Mich würde interessieren, ob unsere Weste so weiß ist, wie wir es immer gesagt haben und wie es unser Selbstbild war. Entsprechen wir als Branche dem Selbstbild, das wir immer vermittelt haben ? In anderen Bereichen, die stärker unternehmenspolitisch geprägt sind, ergeben sich weitere Ansatzpunkte. Waren wir als Branche in der Mietenpolitik immer so sozial, wie wir es gesagt haben ? Wie sind wir denn tatsächlich mit unseren Immobilien umgegangen ? Im Zuge eines kritischen Selbstfindungsprozesses in der Branche halte ich die Klärung dieser Fragen für sehr wichtig. Gerade die Zeit des Nationalsozialismus ist wesentlich mitzubetrachten, denn da liegen wir tief im dunkeln. Ich habe bei der Aufarbeitung der etwas zurückliegenden theoretischen Fragen für diesen Zeitraum eine beträchtliche Lücke feststellen müssen, die ich auch nicht schließen konnte.

Familienunternehmen und „global player“: Vorwerk & Co. und der Umgang mit der eigenen Vergangenheit

Interview mit Petra Mertins, Unternehmenssprecherin von Vorwerk & Co.

von Christian Schott, Wuppertal

Das Wuppertaler Familienunternehmen Vorwerk & Co. hat sich seit seiner Gründung, 1883, von einem reinen Textilunternehmen zu einer international operierenden Unternehmensgruppe gewandelt.¹ Mit dem persönlich haftenden Gesellschafter Dr. Jörg Mittelsten Scheid besteht heute noch eine direkte Verwandtschaftslinie zum Firmengründer. Der Konzern besitzt in 41 Ländern Tochtergesellschaften und Handelspartner. Der Gesamtumsatz des Jahres 1998 belief sich auf über 2.5 Milliarden DM, von dem 45 Prozent auf die Auslandsgesellschaften entfielen.² Der Aufstieg des Unternehmens war eng mit dem aus der Not der Wirtschaftskrise von 1929 geborenen zentralen Produkt, dem „Volksstaubsauger Kobold“, verbunden, der heute noch zu den Verkaufsschlägern des Unternehmens gehört. 1939 mußte die Produktion den Erfordernissen der Rüstung und des Angriffskrieges angepaßt werden. Vorwerk übernahm die Fertigung kriegswichtiger Teile. Auf Veranlassung der Rüstungsbehörden wurde 1942 ein Teil der Rüstungsproduktion von Vorwerk & Co.

¹ Zur Geschichte des Unternehmens, soweit nicht anders angegeben, siehe Pross, Helge: Der Geist der Unternehmer. 100 Jahre Vorwerk & Co. 1883-1983, Düsseldorf 1983

² Lagebericht des Konzerns von 1998 unter „Vorwerk Kompakt“, in: <http://www.vorwerk.de>

nach Lodz verlagert. Diese Stadt bot zum einen größeren Schutz vor alliierten Luftangriffen, zum anderen befand sich hier das zweitgrößte Ghetto im besetzten Polen.

Ende 1998 wurde das Unternehmen von der „Aktion Sühnezeichen“ und einer anonymen Gruppe aufgefordert, ehemals beschäftigte NS-Zwangsarbeiter zu entschädigen, wodurch angesichts der allgemeinen öffentlichen Debatte nun die Rolle von Vorwerk während des Nationalsozialismus zum Thema wurde. Die Unternehmensleitung wandte sich daraufhin in einer bemerkenswert offenen Form schriftlich an die eigenen Mitarbeiter. Schon dieses Vorgehen weist darauf hin, daß es sich bei der Thematik „Zwangsarbeiterbeschäftigung“ und der Bedeutung der Unternehmensgeschichte für die Unternehmenspolitik auch um ein Problem der Unternehmenskultur handelt, ein Zusammenhang, der in den aktuellen historiographischen Diskussionen viel zu wenig berücksichtigt wird. In der Erklärung der Vorwerk-Leitung an die Mitarbeiter heißt es: „Nach unserem heutigen Kenntnisstand hat Vorwerk & Co. im Krieg niemals jüdische Zwangsarbeiter beschäftigt. Unsere Produktionsstätte in Lodz befand sich eindeutig außerhalb des damaligen Ghettos, und es wurden dort ausschließlich polnische Bürger als Ostarbeiter beschäftigt. Diese sind nach den damals geltenden Regeln bezahlt worden. Von einer Ausbeutung dieser Menschen kann also keine Rede sein.“ Aus der Erklärung war es jedoch nur dem historisch Kundigen erkennbar, daß das Unternehmen im Dritten Reich auch Zwangsarbeiter beschäftigt hatte. Die Unternehmensleitung stellte am Schluß der Erklärung eine Prüfung von Entschädigungsforderungen aus moralischen Gründen in Aussicht.

Mittlerweile hat das Unternehmen eine eigene, aus der Unternehmensarchivarin, Frau Dr. Battenfeld, und dem Historiker, Florian Speer, bestehende Arbeitsgruppe zur Erforschung der Unternehmensgeschichte gebildet, die voraussichtlich Ende des Jahres unter dem Titel „Vorwerk & Co. und die Mitarbeiter im Zweiten Weltkrieg“ einen Abschlußbericht veröffentlichen wird. Die Unternehmensgeschichte von Vorwerk, zur Zeit in einem eher lokalen Rahmen diskutiert, würde hierdurch einer größeren und überregionalen, und insbesondere der historisch interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Mit dem folgenden Interview, das aus Zeitgründen nur schriftlich mit der Unternehmenssprecherin, Petra Mertins, geführt werden konnte, soll der Umgang des Unternehmens mit der eigenen Vergangenheit dokumentiert, Motive der Vorgehensweise, Gründe für die Akzente der öffentlichen Präsentation des Unternehmens und vor allem die unternehmensinterne Dimension der Unternehmensgeschichte thematisiert werden.

Welche Bedeutung messen Sie der Unternehmensgeschichte hinsichtlich ihrer eigenen Unternehmenspolitik bei?

Zu unserer Unternehmenspolitik gehört auch die Beschäftigung mit unserer eigenen Vergangenheit. Zur Erstellung einer umfassenden Chronik wird unsere Unternehmensgeschichte seit längerem von zwei Historikern, unserer Unternehmensarchivarin und einem externen Mitarbeiter, aufgearbeitet. Ein Unternehmen ohne Geschichtsbewußtsein ist ein gesichtsloses Unternehmen, das heißt wir halten es für wichtig, unsere Vergangenheit zu kennen, um unter anderem Hintergründe zu kennen und Entscheidungen verstehen zu können

Ist die gegenwärtige Diskussion um Entschädigungsforderungen gegen deutsche Unternehmen für Sie von Bedeutung und welchen Stellenwert besitzt diese Diskussion innerhalb Ihrer Unternehmenspolitik?

Die Diskussion um Entschädigungsforderungen ist für uns insofern von Bedeutung, als wir den Schwerpunkt der historischen Forschungen auf dieses Thema gelegt haben, um zu wissen, inwieweit uns die Sache berührt. Die Diskussion hat aber keinen Einfluß auf unsere Unternehmenspolitik.

Wir befinden uns in einer Zeit der Globalisierung, das Unternehmen Vorwerk & Co. ist ein weltweit operierendes Unternehmen. Sind Sie im Ausland mit Fragen zur eigenen Firmengeschichte konfrontiert worden und hat sich daraus für das Unternehmen eine Frage der Konkurrenzfähigkeit ergeben?

Nein, wir wurden nicht auf unsere Unternehmensgeschichte angesprochen.

Ende vergangenen Jahres nahm die Unternehmensleitung in einem Brief an die Beschäftigten zu einer Forderung von „Aktion Sühnezeichen“ Stellung, ehemals beschäftigte Zwangsarbeiter zu entschädigen. Welche Absicht verfolgte die Unternehmensleitung mit dieser doch recht offenen Form der Darstellung? Reagierte man mit diesem Brief auf Probleme der internen Kommunikation, befürchtete man evtl. Probleme in Fragen der Loyalität der Mitarbeiter?

Für uns ist es selbstverständlich, unsere Mitarbeiter/innen über alle wichtigen Dinge, die die Firma betreffen, zu informieren. Der faire und offene Dialog ist bei Vorwerk & Co. Bestandteil der Unternehmenskultur.

Warum stellt die Unternehmensleitung ungeachtet der Verneinung, Zwangsarbeiter beschäftigt zu haben, die Prüfung eventueller Entschädigungsforderungen aus moralischen Gründen in Aussicht?

Wir haben es nicht verneint, Zwangsarbeiter beschäftigt zu haben. Unsere bisherigen Nachforschungen zur Unternehmensgeschichte haben ergeben, daß alle während des Krieges bei Vorwerk & Co. tätigen Mitarbeiter, soweit es nach den damaligen gesetzlichen Vorschriften möglich war, korrekt behandelt und für ihre Tätigkeit nach den damals gültigen Bestimmungen entlohnt worden sind. Vorwerk & Co. und seine Eigentümer waren für ihre soziale Haltung bekannt. Eine schlechte Behandlung der ausländischen Mitarbeiter hätte dem Selbstverständnis der Familie Mittelsten Scheid und auch der Einstellung ihrer leitenden Mitarbeiter nicht entsprochen. Sollte jemand eine andere Behandlung erfahren haben, so sollte er uns dies mitteilen, damit wir uns individuell mit dem Fall auseinandersetzen können.



AKKUMULATION plant in einem der nächsten Hefte thematische Schwerpunkte über die **Bedeutung von Lohnanreizsystemen** für personalpolitische Strategien von Unternehmen und die **Geschichte der betrieblichen Kostenrechnung**. Artikel zu diesen Themen werden von der Redaktion gerne entgegen genommen. Der Redaktionsschluß für das nächste Heft ist Juni 2000.

Methoden und Selbstreflexionen der Unternehmensgeschichte

10. Jahrestagung des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte (AKKU) e.V., am 30. September und 1. Oktober in der „Zeche Hannover“ in Bochum, Außenstelle des Westfälischen Industriemuseums

Ob der Arbeitskreis für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte (AKKU) tatsächlich nach nunmehr zehnjähriger Tätigkeit noch immer nicht weiter gekommen sei, ob man sich nach dieser langen Zeit noch immer über die Frage unterhalte, was ist ein Unternehmen, wie könne man es theoretisch am besten konzeptualisieren, und ob dieses scheinbare Treten auf der Stelle positiv oder negativ zu bewerten sei, diese Frage wurde am Schluß der zehnten Jahrestagung des Vereins am 30. September und 1. Oktober in Bochum aufgeworfen. Der die Abschlusdiskussion moderierende *Werner Plumpe* (Frankfurt) entgegnete darauf spontan, daß es überhaupt fraglich sei, ob wissenschaftliche Organisationen gegründet würden, um Probleme zu lösen, oder nicht eher um wissenschaftliche Probleme zu schaffen, und in dieser Hinsicht sei AKKU immerhin sehr produktiv gewesen.

Tagungen jedenfalls – so die Erfahrung nach der jüngsten Veranstaltung in Bochum – hinterlassen ein Übergewicht an ungelösten Fragen, zumal wenn sie wie die hier angesprochene eine derart grundsätzliche und theoretische Ausrichtung haben. In seinem Einleitungsvortrag über die methodischen Probleme der Wirtschaftsgeschichte im Zeichen der „mikroökonomischen Wende“ hatte *Hansjörg Siegenthaler* (Zürich) dazu aufgerufen, sich auf die Stärken der Wirtschaftsgeschichte zu besinnen, die in der „dichten Beschreibung“ historischer Sachverhalte liegen, wozu die Annahmen der Mikroökonomie, vor allem die überaus umstrittene „vollständige Rationalität der Akteure“, als heuristische Unterstellung zu analytischen Zwecken nützliche Dienste leisteten, den „Schleier der scheinbaren Widersprüchlichkeit“ des historischen Quellenmaterials zu durchbrechen.

In der ersten Sektion der Tagung referierten *Ulrich Pfister* (Münster) und *Karl Heinz Roth* (Bremen) über die Bedeutung von Unternehmerbiographien und Unternehmermacht für die Unternehmensgeschichte. Beide Referate zeigten, daß sich die Unternehmensgeschichte von den hausbackenen Unternehmerbiographien der disziplinären Frühgeschichte methodisch und inhaltlich bereits denkbar weit entfernt hat. Pfister illustrierte am Beispiel Frühindustrieller Unternehmerfamilien aus dem rheinisch-westfälischen Raum den Zusammenhang von Heirats- und Verwandtschaftsmustern mit der Gründung von Unternehmen, woraus er für unterschiedliche Zeitabschnitte unterschiedliche generative Angebotsfunktionen für die Gründung von Familienunternehmen ableiten konnte. Karl Heinz Roth zeigte am Beispiel der Geschichte des Hamburger Agrarprodukte-Unternehmers Alfred Töpfer, auf welche Weise spezifische Institutionalisierungsformen von Unternehmen (hier: die Form der Stiftung) und politisch-gesellschaftliche Verflechtungen genutzt werden konnten, um die Macht eines Einzelnen zu erhalten und seinen Reichtum über politische Zäsuren und ökonomische Krisen hinweg zu vergrößern.

In der zweiten Sektion der Tagung wurde die Methode der vergleichenden Unternehmensgeschichte als besonderer Ansatz für die Unternehmensgeschichte thematisiert. *Susanne Hilger* (Erlangen-Nürnberg) stellte hierzu ihre aktuellen Forschungen aus dem Bereich der Konsumgüterhersteller am Beispiel des Marktes für Waschmittel seit den 1950er Jahren vor und thematisierte die Herausforderungen für die Unternehmensgeschichte, methodisch einwandfreie Vergleichsmaßstäbe angesichts disparaten Quellenmaterials, unterschiedlicher Märkte und Marktsegmente und verschiedener Unternehmensgrößen zu finden. *Matthias Kipping* (Reading) steuerte zu dieser Diskussion seine Erfahrungen aus der vergleichenden Unternehmensgeschichte im internationalen Maßstab bei und zog aus einer an deutsch-französischen Fallstudien und der Untersuchung einer international operierenden Unternehmensberatung geschulten Forschungen den Schluß, daß die Unternehmensgeschichte zu erheblichen Teilen unausweichlich aus den Zwängen der Forschung gespeist sei. Dies basiere freilich auf einer theorieorientierten akademischen Grundlage, welche aber für die konkreten Studien immer nur einen bedingten Erklärungswert habe und von Fall zu Fall modifiziert werden müsse. Im dritten Vortrag der Sektion zur vergleichenden Unternehmensgeschichte beschäftigte sich *Mark Spoerer* (Hohenheim) stärker mit der akademischen Verortung der Unternehmenshistoriker im breiten Fächerkanon der Sozialwissenschaften. Wiederum lagen auch hier die Erfahrungen des Forschers im Gebiet der vergleichenden Unternehmensgeschichte zugrunde, während sich die Ausführungen stärker mit den Abgrenzungsproblemen der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte zu den Nachbardisziplinen, insbesondere Wirtschaftswissenschaft auseinander setzten. Spoerer interpretierte hierbei die Tätigkeit der Unternehmenshistoriker als die von Maulwürfen, die sich durch das Quellenmaterial wühlen, um bald in dieser bald in jener Nachbardisziplin an die Oberfläche der Theorie zu stoßen. Auch wenn Spoerers Interpretation des Unternehmenshistorikers beim kritischen Publikum auf wenig Gegenliebe stieß, brachte er doch immerhin eine zentrale und vom Tagesgeschäft geprägte Diskussion auf den Punkt, die während der gesamten Tagung gleich den Spoererschen Maulwürfen immer wieder in die Diskussionen kam. Die Unternehmensgeschichte befindet sich angesichts der öffentlichen Diskussionen um Nazigold und Zwangsarbeit derzeit in einer Phase der Selbstdefinition, in der immer auch die Frage der Legitimation der Wissenschaft zwischen Geschichte, Ökonomie und Sozialwissenschaft gestellt wird.

Am zweiten Tag beschäftigte sich die Veranstaltung mit der für die zehnjährige Geschichte von AKKU wohl entscheidendsten Abgrenzungsthematik, der Grenzbestimmung zwischen Unternehmensgeschichte und Sozialgeschichte. Eröffnet wurde diese dritte Sektion mit den Ausführungen *Hartmut Berghoffs* (Tübingen) über die Unternehmensgeschichte als Gesellschaftsgeschichte, wie er sie in seiner bekannten Arbeit über den Harmonikahersteller Hohner betrieben hat. Hierbei ging Berghoff insbesondere der Frage nach, welches Erklärungspotential der Ansatz der Gesellschaftsgeschichte als Instrument der Unternehmensgeschichte auch über die ausgemacht Sonderkonstellation seines Fallbeispiels hinaus besitzen kann. Der Soziologe *Ludger Pries* (Bergisch-Gladbach) fragte wesentlich grundsätzlicher nach den theoretischen Implikationen des Unternehmensbegriffs, der in der Unternehmensgeschichte nur zu häufig nicht reflektiert wird. Nur wenn man, so das Plädoyer von Pries, einen Unternehmensbegriff theoretisch reflektiert und sämtlicher Bestandteile des stofflichen Transformationsprozesses Unternehmens (Technik, Organisation, Arbeit) berücksichtigt, kann eine umfassende Unternehmensgeschichte entstehen. Im letzten Vortrag der Veranstaltung führte *Johannes Bähr* (Berlin) dann noch in die derzeit wohl zentrale Problematik bei der Anwendung von

Unternehmensgeschichtsschreibung ein, das Verhältnis von Unternehmen und Politik. Am Beispiel seiner Forschung zur Geschichte der Dresdener Bank machte Bähr dieses Spannungsverhältnis als eine wichtige Komponente für die Entwicklung von Unternehmen aus und gab Vorschläge, auf welche Weise das Spannungsverhältnis auch methodisch in die Unternehmensgeschichte integriert werden könne.

Die Unternehmensgeschichte – das zeigte diese Tagung – bestellt ein denkbar weites Feld, von den frühindustriellen Unternehmern bis zum vielfach mit der Politik verflochtenen Großkonzern, der im Zeichen der Globalisierung immer mehr an Gestalt verliert. Abgrenzungsprobleme zu Nachbarwissenschaften sind hier vorprogrammiert und vielleicht sind es diese vorprogrammierten Abgrenzungsprobleme, die die Unternehmensgeschichte der Bochumer Spielart immer wieder in die erwünschte theoretische Selbsterfleischung treiben. Das Verdienst des Bochumer Arbeitskreises scheint es immerhin zu sein, und die rege Beteiligung an der Tagung spricht dafür, ein breites Theorieangebot von der Sozialgeschichte über die Unternehmerbiographie bis hin zur Transaktionskostentheorie an einem Ort zu versammeln und trotzdem nicht in Regungslosigkeit zu verharren, sondern immer neue Interpretationen von Unternehmensgeschichten zu erzählen und immer neue Fragen aufzuwerfen, die gleichwohl alle theoretisch und methodisch reflektiert sind. Deshalb liefert AKKU noch immer Energie für die Unternehmensgeschichte.

Jan-Otmar Hesse

AKKU-NACHWUCHSPREIS

Nachwuchspreis für unternehmenshistorische Arbeiten

Der „Arbeitskreis für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte e.V.“ (AKKU) prämiert zum ersten Mal im Jahr 2000, ab dann alle zwei Jahre, herausragende deutschsprachige Arbeiten von Nachwuchshistorikern zur Unternehmens- und Industriegeschichte. Die auszuzeichnenden Untersuchungen sollen sich mit einem oder mehreren privatwirtschaftlichen oder öffentlichen Unternehmen, oder Branchen beschäftigen und hierzu explizit unternehmenshistorische oder ggf. wirtschaftshistorische Forschungsansätze verwenden. Wünschenswert ist eine analytische Auseinandersetzung mit derartigen Forschungsansätzen und eine Bewertung ihrer Leistungsfähigkeit für die konkrete Untersuchung bzw. für die Unternehmensgeschichte insgesamt. Thematisch bestehen für die Teilnahme keine Vorgaben; untersucht werden können Unternehmen aller Branchen, jeder Größe und auch ausländische Unternehmen.

Zugelassen sind alle wissenschaftlichen Arbeiten, Examens- oder Magisterarbeiten, die bislang nicht publiziert wurden und höchstens zwei Jahre vor dem Einsendeschluß zur Prüfung an einer Universität eingereicht wurden. Einsendeschluß für die Prämierung 2000 ist der **30. März 2000**. Da der AKKU-Vorstand gleichzeitig als Gutachtergremium bei der Preisverleihung fungiert, mußten AKKU-Mitglieder von der Teilnahme am AKKU-Nachwuchspreis ausgeschlossen werden. Die Mitglieder, die aufgrund der thematischen Schwerpunkte Ihrer Arbeit aber für eine Teilnahme in-

frage kommen, werden aufgefordert, ihre Magister- und Examensarbeiten dennoch einzureichen. Die Arbeiten werden außer Konkurrenz in der Bewertung berücksichtigt und es besteht ggf. die Möglichkeit, diese Arbeiten mit den Preisträgern zusammen zu publizieren.

Die Teilnahme ist formlos an den AKKU-Vorstand unter Einsendung von zwei Exemplaren der Untersuchung zu richten.

Der Preis ist mit **DM 2000,-** dotiert.

Die Preisverleihung erfolgt auf der AKKU-Jahrestagung im Herbst 2000.

VERANSTALTUNGEN

Mark Spoerer, Uni Stuttgart-Hohenheim bearbeitet für AKKU seit einem Jahr einen unternehmenshistorischen Tagungs- und Veranstaltungskalender, der auf der internet-Seite der Uni-Hohenheim öffentlich zur Verfügung steht (www-uni-hohenheim.de/~www570a/spoerer/kalender.htm). AKKUMULATION veröffentlicht den Veranstaltungskalender in der Fassung vom 7. Januar 2000. Da die Vorteile dieses Mediums insbesondere in der Aktualität und der Vernetzung bestehen, werden die AKKU-Mitglieder hiermit aufgerufen, etwaige interessante Tagungen per e-mail Mark Spoerer zur Kenntnis zu bringen (Mark.Spoerer@Uni-Hohenheim.de).

10.-12. März 2000, Palo Alto: Enterprise and Society. Annual Meeting of the Business History Conference. Kontakt: Colleen Dunlavy.

12.-15. April 2000, Amsterdam: Third European Social Science History Conference. Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG). Kontakt: International Institute of Social History.

6.-9. Juli 2000, Toronto: World Congress of Cliometrics, Cliometric Society.

6.-13. August 2000, Oslo: 19th International Congress of Historical Sciences. International Committee of Historical Sciences. Kontakt: hier.

8.-10. September 2000: Work, Health and Illness: The Comparative History of Industrial Diseases, Accidents and Occupational Medicine. University of Exeter. Kontakt: Joseph Melting.

15/16. September 2000, Bordeaux: Enterprises in front of internationalisation, mondialisation and globalisation. Fourth European Business History Association Conference.

20./21. Oktober 2000, Frankfurt am Main (voraussichtlich): Innovationen im Bankgeschäft. 23. Wissenschaftliches Symposium der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte. Kontakt: Andrea H. Schneider.

Juli 2002: 13th World Conference of the International Economic History Association. International Economic History Association. Kontakt: J.L. van Zanden.

NEUE LITERATUR

Berghoff, Hartmut (Hg.): Konsumpolitik. Die Regulierung des privaten Verbrauchs im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999, 159 Seiten, DM 29,80

„Konsum fasziniert.“ – so der erste Satz in diesem Band, mit dem die Autoren zu einem Gang durch die Geschichte der Konsumregulierung in Deutschland vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die 60er Jahre einladen. Dabei werden am Beispiel unterschiedlicher Aspekte der Konsumgeschichte alle deutschen staatlichen Systeme zu Fragen der Konsumpolitik, ihrem Verhältnis zu Umwelteinflüssen und ihren Auswirkungen auf das Verbraucherverhalten untersucht. Die Ergebnisse und Fragestellungen der Konsumforschung – so Berghoff in seinem zusammenfassenden Einleitungskapitel – werden auf diese Weise dazu benutzt, die Diskussion um das wirtschaftliche Spannungsfeld zwischen Produktion, Konsum und Distribution durch Fallbeispiele um eine weitere Perspektive, den bewußt gesteuerten Wandel von Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene und seine Auswirkungen auf die Akteure, zu bereichern. Aus der Verknüpfung ergeben sich für die Wirtschaftsgeschichte interessante Impulse, beispielsweise zur historiographischen Bewertung der Rolle des Konsums beim Zusammenbruch des Ostblocks. Gerade unternehmenshistorische Fragestellungen könnten nach Berghoff dabei helfen, Konsum nicht verkürzt als „eigengesetzliches Phänomen“ zu betrachten und die Selbstisolation des Forschungsfeldes in Richtung auf wirtschafts-, sozial- und politikgeschichtliche Fragen aufzubrechen, und davor zu bewahren, daß „sich die Konsumgeschichte zunehmend kulturalistisch verengt“.

In seinem folgenden Spezialbeitrag beschäftigt sich Berghoff mit der Werbebranche als Scharnier zwischen Produzent und Verbraucher, welche – nach bereitwilliger Selbstgleichschaltung und -säuberung – im NS eine Umnutzung von der nur fragmentarisch regulierten privatwirtschaftlichen Absatzförderung zu staatlicher, ideologisch verformter Verbrauchs(un)lenkung erfahren habe. Allerdings mißlang dieser Funktionswandel durch systemimmanente Mängel; der Traum von der Lenkbarkeit des Massenkonsums endete in „Agonie“ und „Degeneration“. Die Modernisierungsaspekte, die in die BRD hinübergerettet wurden, traten dahinter zurück.

Anhand von Lebensmittelversorgung und Agrarproduktion untersucht Christoph Nonn den Wandel der politischen Einflußnahme und der Interessenpolitik im Bereich des Subsistenzkonsums vom Kaiserreich bis in die 50er Jahre. Dabei endete die Entwicklung weg von einseitiger Stützung der Anbieter in einem bis heute getragenen Grundkonsens. Damit einher ging ein Einstellungswandel der Verbraucher, bzw. dessen Wahrnehmung bei Gewerkschaften und SPD, der zur Forderung nach Verbraucherschutz durch gesicherte Inlandsversorgung (d.h. Förderung der Landwirtschaft) führte.

Winfried Speitkamp rückt in seinem Beitrag über „Schunddebatte und Zensur in der Weimarer Republik“ die Medien als massenhaftes Konsumangebot ebenso in den Blick der historischen Konsumforschung, wie Fragen nach altersspezifischem Konsum (Jugendkultur und -schutz). Film und Presse als Verbrauchsgüter des elastischen Bedarfs wurden dabei nicht über Preise, sondern über inhaltliche Vorgaben, sprich Zensur als Maßnahme gegen sittliche Gefährdung der Jugend, regu-

liert. Die staatlichen Regelungen waren ungenau formuliert und so in ihrer Ausformung ineffektiv – der Einfluß der Groschenhefte und Filme auf die Jugendkultur blieb weitgehend erhalten, bzw. erzielten Indizierungsversuche eher gegenteilige Effekte auf das Käuferverhalten. Die Folge waren aufbrechende Differenzen zwischen gesellschaftlicher Realität und fortdauernden kulturellen Leitbildern, hier ausgeformt in kommerziellen Interessen, dem Freizeitverhalten und den Intentionen der Schundkämpfer.

Harm G. Schröter differenziert in seinem Beitrag das populäre Bild der bundesrepublikanischen Sozialen Marktwirtschaft in bezug auf das tatsächliche Ausmaß des Trends zur Deregulierung aus. Im Spannungsfeld zwischen Kriegsfolgen, Interessenpolitik und sektoraler Unterschiede entstand eine „mixed economy“ mit entsprechenden Handlungsalternativen für die politischen Akteure. Trotz der eher produktionsfreundlichen staatlichen Intervention und steigender Betonung der Bedeutung der Marktfunktionen konnte die breite gesellschaftliche Verankerung der jungen BRD über die Steigerung des Konsumniveaus erreicht werden.

Philipp Heldmann beschreibt die Planwirtschaft der DDR anhand des Reformprojekts Jugendmode im Rahmen des wenig erfolgreichen Neuen Ökonomischen Systems. Dabei führte die mangelnde Fähigkeit des Systems zur nachfragegerechten Versorgung, nicht zuletzt durch fehlende Einflußmöglichkeiten des Handels, zu einem Auseinanderdriften von Konsumversprechen und -realität. Besonders im Vergleich zum westlichen Nachbarn geriet das Wirtschaftssystem langfristig in eine Legitimationskrise.

Jedes Kapitel verfügt über einen recht ausführlichen Anmerkungsapparat, der zumeist auch einen Überblick über die aktuelle Literatur-, bzw. (bei den auf laufenden Forschungsprojekten basierenden Aufsätzen) über die Quellenlage bietet. Das Werk gibt zugleich eine gelungene kurze Bestandsaufnahme einer relativ neuen Forschungsrichtung, die noch viel Potential und Anknüpfungspunkte bietet, als auch mit der Konsumpolitik einen gewinnbringenden Aspekt einführt. Allerdings fehlt ein abschließendes zusammenfassendes Kapitel, welches die heterogenen Ergebnisse der Aufsätze – wie Eingangs gefordert – einem zeitlichen und systematischen Vergleich unterzöge. Auch die Kurzzusammenfassungen in der Einleitung leisten dies nicht.

Jens Scholten

Burkhard Zeppenfeld: Handlungsspielräume städtischer Finanzpolitik. Staatliche Vorgaben und kommunales Interesse in Bochum und Münster 1913-1935, Klartext Verlag, Essen 1999, 459 S.

Die vorliegende Dissertation von Burkhard Zeppenfeld ist in erster Linie eine wirtschaftshistorische Arbeit, entstanden im Rahmen eines DFG-Schwerpunktprogramms zum Thema „Die Stadt als Dienstleistungszentrum“ die jedoch auch für die unternehmenshistorische Perspektive zahlreiche Anknüpfungspunkte bietet. Das Verhältnis von Kommune und Unternehmen spielte ja bereits anläßlich der AKKU-Jahrestagung 1996 eine Rolle, die u.a. auch von Burkhard Zeppenfeld mitorganisiert worden war.

Inzwischen liegt die gedruckte Fassung eines sehr umfangreichen Manuskriptes vor, wobei die Frage der Handlungsspielräume von Kommunen, dargestellt am Beispiel von Bochum und Münster vor dem Hintergrund der sich wandelnden sozioökonomischen Rahmenbedingungen zwischen 1913 und 1935 im Mittelpunkt steht. Zeppenfeld belegt, daß die kommunalen Handlungsspielräume aufgrund zunehmender staatlicher Zentralisation (nicht zuletzt aufgrund der Erzbergerschen Steuerreform) und Interventionen, aber auch bedingt durch den Einfluß von Verbänden und Unternehmen, im Untersuchungszeitraum deutlich abnahm und in der Weltwirtschaftskrise sowie unter dem Nationalsozialismus einen Tiefpunkt erreichte, wobei es deutliche Unterschiede zwischen der schon weitgehend tertiarisierten Stadt Münster und der Industriestadt Bochum gab.

In der übersichtlich gegliederten Arbeit gibt Zeppenfeld zunächst einen Überblick über die Stadtentwicklung und die Kommunalpolitik sowie die Haushaltsentwicklung in beiden Kommunen, bevor er in den anschließenden Kapiteln anhand ausgewählter Positionen die Ausgaben und Einnahmen für Bochum und Münster sehr detailliert auf der Basis umfangreichen Quellenmaterials, vornehmlich der Stadtarchive in Bochum und Münster, darstellt. Aus unternehmenshistorischer Perspektive hervorzuheben sind neben den Steuereinnahmen die Überweisungen der kommunalen Betriebe für die Einnahmeseite, die jedoch im Laufe der 20er Jahre im Vergleich zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ebenso an Bedeutung verloren wie die Steuereinnahmen. Insbesondere in Bochum zeigt sich hier der Einfluß der Großunternehmen vom Bochumer Verein und Deutsch-Lux (ab 1926: Vereinigte Stahlwerke) über zahlreiche Zechen bis hin zur Industrie- und Handelskammer, der „Vereinigte Kaufmannschaft Bochum“ u.a., denen es gelang, daß die Gewerbesteuersätze mehrfach abgesenkt wurden. Gleichzeitig waren seit Kriegsende die Ausgaben für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen, für Bauten und Infrastrukturmaßnahmen sowie für Kultur bis zur Weltwirtschaftskrise deutlich angestiegen. Bochum wie Münster investierten erhebliche Summen in die kommunale Gas- und Wasserversorgung, den Ausbau des Kanalnetzes, den Straßenbau sowie für Theater, Museen, Orchester und Schulen, wobei es hier deutliche Unterschiede in der Schwerpunktsetzung zwischen Bochum und Münster gab.

Die im Zeitverlauf abnehmenden Handlungsspielräume der Kommunen waren somit einerseits das Ergebnis des wachsenden Einflusses von Interessengruppen, vor allem jedoch der staatlichen Zentralisation - wobei in Münster diese Entwicklung aufgrund der Stellung des Magistrats, der fehlenden Großindustrie und aufgrund divergierender Verbändeinteressen weniger stark ausgeprägt war als in Bochum - sowie andererseits vor allem gegen Ende des Jahrzehnts der sinkenden Einnahmen bei einer gleichzeitig gewachsenen Aufgabenvielfalt der Kommunen. Diese gegenläufige Entwicklung wird auf der Basis umfangreichen Zahlenmaterials und Tabellen, von denen etwa 80 im Buch abgedruckt sind, belegt. Zeppenfeld kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß die Tendenz der „Steuerungszentralisierung bei gleichzeitiger Vollzugsdezentralisierung“ in der Weltwirtschaftskrise einen vorläufigen Höhepunkt erreichte, der schließlich im Zentralstaat und im Führerprinzip des Nationalsozialismus auch auf kommunaler Ebene seine Fortsetzung fand. Diese Entwicklung wird in einem zur Zeit in Arbeit befindlichen Folgeprojekt genauer darzustellen sein.

Karin Dahm-Zeppenfeld, Feuerarbeit. Bilder aus der Dortmunder Hüttenindustrie 1850 – 1950 (= Westfälisches Industriemuseum, Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Bd. 19, Der Arbeitsplatz des Hüttenmanns, Teil I, Hrsg. Robert Laube), Essen: Klartext 1998, 204 Seiten, 39,80 DM

Dank der großzügigen finanziellen Unterstützung durch die Krupp-Stiftung konnte ein Bildband erscheinen, der die „Feuerbetriebe“ in Dortmunder Hüttenwerken – angefangen bei den Hochöfen über die Puddelöfen bzw. Stahlwerke bis hin zu den Schmieden, Gießereien und Walzwerken - in ihrer historischen Entwicklung zwischen Mitte des 19. und Mitte des 20. Jahrhunderts zeigt. Dieser ansprechend und aufwendig gestaltete Band enthält zahlreiche, eindrucksvolle Fotos vor allem aus dem ehemaligen Hoesch-Archiv, die interessante und aufschlußreiche Einblicke in die Arbeitswelt der Hüttenleute erlauben. Entlang dem Produktionsfluß vom Eisenerz bis zum fertigen Stahlerzeugnis werden die verschiedenen technischen Anlagen dargestellt, beschrieben und erklärt, die spezifischen, sich wandelnden Arbeitsbedingungen aufgezeigt und darüber die Schwere, Belastungen und Gefährlichkeit der Arbeit verdeutlicht.

In seiner thematischen Einführung betont Robert Laube, daß mit diesem Bildband „die Alltagsgeschichte der Hüttenarbeit“ (S. 8) näher beleuchtet werden soll, die in der Literatur sonst immer vernachlässigt werde. Dieser ebenso modische wie unreflektierte Anspruch ist jedoch recht aufgesetzt. So bemerkenswert die Fotos sind, die hier abgedruckt werden, und so kenntnisreich auch die Texte sind, die sie erläutern, so wenig behandelt das Buch das, was nur vage als „Alltagsgeschichte“ bezeichnet wird, ohne es in seinen Dimensionen und Elementen genauer bestimmen zu können. Im Mittelpunkt des Bildbandes steht die Beschreibung der Produktionsanlagen und -verfahren, die im Laufe der Zeit Anwendung fanden, und diese eher hütten technische Darstellung ist gerade für Laien, die sich für die Geschichte der Eisen- und Stahlindustrie interessieren, ausgesprochen hilfreich und informativ. Die Arbeit in den „Feuerbetrieben“ wird auf diese Weise in ihren Rahmenbedingungen veranschaulicht, die konkrete Tätigkeit der Hüttenarbeiter selbst wird aber lediglich unter den Gesichtspunkten der physischen Beanspruchung, der Unfallrisiken und der Belastungen durch Hitze, Lärm oder Staub sichtbar. Über die sozialen Beziehungen an den Arbeitsplätzen - Aspekte, die sicherlich zur „Alltagsgeschichte“ zu zählen sind - erfährt der Leser nur wenig. Weder die Formen der Kooperation zwischen den Hüttenarbeitern noch die hierarchischen Über- und Unterordnungsverhältnisse werden behandelt.

Die Aussagefähigkeit von Fotos ist auch begrenzt, wie Karin Dahm-Zeppenfeld in ihren quellenkritischen Ausführungen zur fotografischen Überlieferung deutlich macht (S. 40-45). Fotos sprechen nicht für sich sondern bedürfen zusätzlicher Informationen. Manches, was von Interesse ist, wird zudem gar nicht oder nur indirekt sichtbar. Ganz abgesehen davon, daß nicht wenige Fotos künstlich gestellt worden sind, stellen sie grundsätzlich nur Momentaufnahmen dar, können also Abläufe und Prozesse, in denen sich soziale Beziehungen manifestieren, überhaupt nicht wiedergeben. Man ist auf Andeutungen angewiesen, über die sich das, was nicht unmittelbar sichtbar wird, erschließen läßt.

Sobald Belegschaftsmitglieder auf den Fotos abgebildet sind und nicht nur Größenverhältnisse illustrieren, werden sie nicht als Einzelpersonen dargestellt sondern sind meistens zu Kolonnen,

Crews oder Teams gruppiert. Ihre Platzierung im Raum weist dann nicht nur auf die Form ihres Arbeitszusammenhangs hin sondern zuweilen auch auf hierarchische Verhältnisse, unverkennbar auf dem Foto, auf dem Arbeiter von Hoesch in den Unfallschutz eingewiesen werden (S. 25). Wie auf den großen Bildern der Stahlformgießerei und der Bearbeitungswerkstatt der Dortmunder Union aus den 20er Jahren (S. 150/151 und S. 156/157) zu sehen ist, grenzten sich die Vorgesetzten oben-drein durch ihre Kleidung deutlich von den Arbeitern ab, trugen sie doch in der Regel ein weißes Hemd, einen schwarzen Anzug und einen Hut zuweilen sogar einen Bowler statt der groben Arbeitskleidung, Kappen und Mützen, wie sie die Arbeiter trugen. Nur an einer Stelle wird im übrigen erwähnt, daß sich die Arbeiter einer Zeichensprache bedienen, um sich untereinander zu verständigen (S. 160 f). Gerade unter Bedingungen ohrenbetäubenden Lärms, unübersichtlicher räumlicher Verhältnisse oder dichten Rauchs bzw. blendender Gluthitze waren die Hüttenarbeiter aber auf besondere Gesten oder Signale angewiesen, um die verschiedenen Tätigkeiten zu koordinieren. Auch das wird auf einzelnen Fotos ansatzweise erkennbar, wie etwa auf dem Bild zum Kokillenguß (S. 146), wo ein Arbeiter offenbar eine Trillerpfeife benutzt.

Diese kleinen, oft unscheinbaren Andeutungen reichen für eine „Alltagsgeschichte“, wie sie offenbar Robert Laube vorschwebt, nicht aus. Ein Bildband kann das auch gar nicht leisten. Sein Wert liegt viel mehr darin, Außenstehenden erhellende Einblicke in die Schauplätze zu geben, auf denen sich Hüttenarbeit in der Vergangenheit vollzogen hat, und das leistet das vorliegende Buch in ausgezeichneter Weise.

Karl Lauschke

Malcolm H. Dunn: Die Unternehmung als ein soziales System. Ein sozialwissenschaftlicher Beitrag zur Neuen Mikroökonomie, Berlin 1998, 363 S., geb. DM 128,-

In den letzten Jahren hat es immer wieder Versuche von seiten des AKKU gegeben, theoretische und methodische Anregungen aus den Nachbarwissenschaften der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften aufzugreifen, sei es in Form der AKKU-Tagungen zur Mikropolitik, zur kulturalistischen Wende in der Unternehmensgeschichtsschreibung, der letzten Jahrestagung zu Methoden und Theorien der Unternehmensgeschichte oder auch in Werner Plumpe's Beitrag „Das Unternehmen als soziale Organisation“ in AKKUMULATION Nr. 11 (1998). Dunns Beitrag ist ein weiteres, interessantes Theorieangebot -gerade auch für Unternehmenshistoriker - aus dem Bereich der Sozialwissenschaften, welches jedoch nicht, wie zunächst aufgrund der Begrifflichkeit zu vermuten, in der Nähe der Systemtheorie zu verorten ist, sondern ein Beitrag zur verhaltenswissenschaftlichen Theorie der Unternehmung darstellt.

Dunn versteht seine Arbeit, die 1992 an der TH Dramstadt als Habilitation eingereicht wurde, als eine „Alternative zur herrschenden Orthodoxie“ und zur „Realitätsferne der mikroökonomischen Theorie der Unternehmung“, wobei er für einen „Paradigmawechsel“ wirbt. Allerdings gibt Dunn im Vorwort zu, daß es sich bei einer solchen verhaltenswissenschaftlichen Theorie der Unterneh-

mung um ein „gar nicht so neues Paradigma“ handelt, wie die im Verlauf des Buches häufig zitierten Namen von Herbert Simon sowie von Cyert/March belegen.

Dunns Arbeit gliedert sich in elf Kapitel, wobei an dieser Stelle vor allem das einleitende Kapitel über die Grundlagen einer sozialwissenschaftlichen Theorie von Interesse ist, zumal die nachfolgenden Kapitel zu Themenbereichen wie „Das Ziel der erwerbswirtschaftlichen Unternehmung“, „Das Problem der Ungewißheit“, „Der subjektive Faktor in der Produktionsfunktion“ sowie weitere Abschnitte über den Arbeitsvertrag, Beschäftigungsverhältnisse und innerbetriebliche Konfliktsituationen sich immer wieder auf die Grundthesen des Ausgangskapitels beziehen. Hier stellt Dunn sieben „Bausteine des sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms“ vor. Als erstes betont er im Unterschied zur traditionellen Ökonomik, die von einem optimalen Zustand und dem Gleichgewichtsmodell ausgeht, um dann die soziale Wirklichkeit „zu zähmen“, die Notwendigkeit und den großen Stellenwert empirischer Befunde als Ausgangspunkt zur Darstellung ökonomischer Realität. Ein weiterer Unterschied zur neoklassischen Mikroökonomik liegt in der Bewertung des Faktors ‚Zeit‘. In der Neoklassik werde mit einem ‚logischen Zeitbegriff‘ gearbeitet, der eine Rückkehr zum Ausgangspunkt erlaube und der insofern statisch und zeitlos ist, so Dunn. Ein sozialwissenschaftlicher Ansatz geht demgegenüber von der Annahme aus, daß soziale Systeme sich in der historischen Zeit entwickeln und die Akteure in den Unternehmen dementsprechend Verhaltensänderungen und Lernprozesse vollziehen und sich dadurch wiederum selbst verändern. Zwar würden auch an herkömmlichen Modellen evolutionäre Prozesse konstatiert, diese jedoch stets als Anpassungsprozesse an exogen bedingte Störungen interpretiert. Eine sozialwissenschaftliche Darstellung müsse demgegenüber von einem Zusammenwirken endogener und exogener Impulse ausgehen, die sich wechselseitig durchdringen und eine Systemänderung bedingen. Gegenüber dem neoklassischen Modell des ‚homo oeconomicus‘, welches jedes Verhalten als rationales Verhalten interpretiert, argumentiert Dunn, daß es dann auch ausschließlich rationales unternehmerisches Verhalten gäbe. Das „empirisch beobachtbare Verhalten der im Unternehmen tätigen Menschen“ weise jedoch auf die große Bedeutung von Emotionen, Normen und erlernten Konventionen hin“, die einen starken Einfluß auf unternehmerische Entscheidungen haben. Schließlich weist Dunn auf den Faktor der „Ungewißheit“ als Indiz für die Freiheit menschlichen Verhaltens hin. Im Unterschied zu der traditionellen Annahme, daß dem unternehmerischen Verhalten enge Grenzen gesetzt sind, hebt Dunn die Dispositionsspielräume der Akteure im Unternehmen hervor. Zum Schluß weist Dunn auf die Machtasymmetrien zwischen den Akteuren, vornehmlich zwischen Unternehmensleitung und Beschäftigten, hin.

In den nachfolgenden Kapiteln wendet Dunn diese Bausteine seines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms auf unterschiedliche Aspekte der Unternehmenswirklichkeit an. Mit Blick auf das Ziel der Unternehmung, das Dunn in erster Linie im Streben nach Gewinn sieht, aus dem sich alle anderen Ziele wie Umsatz, Marktanteile, Prestige etc. ableiten lassen, zeigt Dunn, daß, ausgehend von Ungewißheiten und Risiken, unternehmerische Entscheidungen in eine ungewisse Zukunft hinein getätigt werden müssen. Gerade dabei werde noch einmal deutlich, daß es in entsprechenden Situationen unterschiedliche Wege und Möglichkeiten der Entscheidung gibt und der Erfolg und Mißerfolg von Unternehmerentscheidungen in hohem Maße von subjektiven Faktoren, von Emotionen, Normen etc. mitbeeinflußt wird. Schließlich gäbe es ja sonst nur eine „richtige“ Ent-

scheidung. „Gerade weil das zentrale Ziel der erwerbswirtschaftlichen Unternehmung darin besteht, Gewinne zu erwirtschaften, werden persönliche Motivationen und typologische Differenzierungen der ökonomischen Agenten nämlich relevant, um das unterschiedliche Verhalten der Unternehmen auf Märkten zu erklären“ (S. 64). Und weiter unten: „Die Subjektivität der Entscheidungen ist folglich eine zwingende Konsequenz aus der Tatsache, daß das Gewinnstreben unter Ungewißheit erfolgt“ (S. 65).

Die weiteren Kapitel des Buches sind ähnlich aufgebaut. Sie referieren den Stand der „traditionellen“ ökonomischen Theorie der Neoklassik, benennen deren Unzulänglichkeiten und bieten ergänzend Aspekte einer verhaltenswissenschaftlichen Theorie der Unternehmung an. Ausdrücklich betont Dunn den Charakter seiner Vorschläge als eine „notwendige Ergänzung“ zur „herrschenden Lehre“ und die Anschlußfähigkeit an andere Theorieansätze wie etwa die Neue Institutionenökonomik.

Auch wenn also ein Großteil der Arbeit darin besteht, bereits vorhandene Theorieansätze noch einmal zu referieren und sie dann um die, wie der Autor ja betont, ebenfalls bekannten Ansätze einer verhaltenswissenschaftlichen Theorie der Unternehmung zu erweitern, so bietet dieser Überblick neben der hilfreichen Zusammenstellung zahlreicher theoretischer Ansätze auch wertvolle Hinweise für eine theoretisch fundierte Unternehmensgeschichtsschreibung zur Bearbeitung unterschiedlicher Themenbereiche im Sinne einer sozialhistorisch orientierten Unternehmensforschung.

Christian Kleinschmidt

Werner Berg: Die Teilung der Leitung. Industrielles Management in den landwirtschaftlichen Gutsbetrieben Europas. Göttingen 1999, 238 S., DM 46,--

Die Untersuchung von Werner Berg widmet sich der überaus interessanten Frage, ob die Grundlagen für professionelles Industriemanagement nicht - wie zu erwarten - erst in den industriellen Großbetrieben des späten 19. Jahrhunderts gelegt wurden, sondern bereits früher, in den landwirtschaftlichen Gutsbetrieben des 18. Jahrhunderts Vor- und Frühformen professioneller Betriebswirtschaften ausgebildet wurden. Auch hier nämlich bestand Bedarf, die Verwaltung unterschiedlicher zu einem Produktionsverbund eines einzelnen Grundbesitzers zusammengeschlossenen Höfe auf professionelle Geschäftsführer zu übertragen und damit eine Ebene des „Management“ zwischen den Eigentümer und den Betrieb zu schieben. Die Notwendigkeit zu einer solchen „Teilung der Leitung“ von Gutsbetrieben resultierte dabei anteilig aus den im Zuge der Industrialisierung rasch entstehenden rohstoffproduzierenden Betriebseinheiten der Gutshöfe, aus der Kohle- und Erzförderung, sowie der Holzproduktion.

Die je historische Ausgestaltung der dergestalt funktional differenzierten ehemals rein landwirtschaftlichen Betriebe geht nach Berg im wesentlichen auf die Gestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen, insbesondere der Eigentums- und Verfügungsrechte zurück, wie sich aus dem Vergleich der kontinentalen und der englischen Entwicklungslinie nachweisen läßt. Während im

englischen Raum das Verfügungsrecht über die Bodenschätze dem jeweiligen Oberflächenbesitzer zufiel - so die von Berg mehrfach betonte Differenz -, beanspruchte bspw. in Frankreich prinzipiell der Staat das Verfügungsrecht über die Bodenschätze des Territoriums, welches er unter Umständen an Privatunternehmer verlieh (S. 22, 48, 112). Angesichts eines wahrlich klassischen Property-Rights-Ansatz ist es immerhin fraglich, warum sich Berg in der Begründung seines Institutionenbegriffs zuvor ohne Not ausdrücklich von der Neuen Institutionenökonomie abgrenzen zu müssen glaubt (S. 10), wo doch die von ihm skizzierte zentrale Entscheidung der Grundherren zwischen der Eigenwirtschaft (Gutsherrschaft) und der Verpachtung (Grundherrschaft, S. 17, 72) gleichsam einen coaseanischen Musterfall des „make or buy“ beschreibt.

In der Darstellungsweise Bergs bleibt daher von einem überaus interessanten Ansatz kaum mehr als die Auffindung von überraschenden Quellen, wie die Arbeit des Gutsverwalters R. André, „Ideen über die Verwaltung landtäflicher Güter in Böhmen...“, Prag 1821, aus der Berg ausführliche Passagen zitiert (S. 81-88, 124-126 usw.) und die wohl zu den frühesten Exemplaren einer beginnenden Managementliteratur zu zählen sein dürfte, die bislang einseitig aus der Perspektive der Maschinenbauindustrie betrachtet wurde (vgl. den Aufsatz von Kocka, *Industrielles Management*, 1969). Ohne eine entsprechende theoriegeleitete Systematisierung kann dagegen das Zusammenspiel zwischen staatlicher Rahmensetzung, ökonomischer Marktentwicklung, lokalen Sonderkonstellationen, sozialen Strukturen und Interessenlage der „Unternehmer“ nicht erhellt, der spezifische Entwicklungspfad und die Organisationsform der landwirtschaftlichen Gutsbetriebe in unterschiedlichen Ländern Europas nicht erklärt werden. Mit seiner Feststellung, daß die Gutsbetriebe des 19. Jahrhunderts eben nicht nur ein Hort des politischen und ökonomischen Konservatismus waren, sondern hier vielmehr zugleich durchaus moderne und avancierte organisatorische Leitungsmodelle zu finden sind (S. 222 ff.), eröffnet Berg immerhin ein weiteres bislang vernachlässigtes Feld für die Unternehmensgeschichte.

Jan-Otmar Hesse



IMPRESSUM

Akkumulation. Informationen des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte, im Dezember 1999.

Herausgegeben vom Vorstand des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte e.V., c/o Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Fakultät für Geschichtswissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum. Fax: 0234/32-14464.

Redaktion: Lutz Budraß und Jan-Otmar Hesse. An dieser Ausgabe arbeiteten ferner mit: Andreas Dörschner, Christian Kleinschmidt, Karl Lauschke, Christian Schott, Mark Spoerer. Akkumulation wird Mitgliedern des Arbeitskreises kostenfrei zugesandt. Das Abonnement von vier Ausgaben kostet DM 20. Bankverbindung: Konto-Nr. 333 070 59 bei der Sparkasse Bochum, BLZ 430 500 01.

ISSN-Nr. 1436-0047